

Rezensionen

Petersen, Andreas: Deine Schnauze wird dir in Sibirien zufrieren. Ein Jahrhundertdiktat. Erwin Jöris. Wiesbaden: marixverlag 2012, 520 Seiten, 24,90 €.

Biographien sind Zeitgeschichte konkret. Doch nur wenigen Akteuren ist es vergönnt, sowohl auf die kleineren als auch auf die größeren weltgeschichtlichen Ereignisse nach nahezu einem Jahrhundert zurückzublicken, sich ihres Lebens zu vergewissern, subjektive Wertungen abzuwägen – sich zu erinnern. Mit dem „Jahrhundertdiktat“ liegt nunmehr die Biographie eines Mannes vor, der nicht nur deutsche und europäische Geschichte im *Jahrhundert der Diktaturen* durchlebte. Erwin Jöris drehte auch aktiv an den sprichwörtlichen „Zahnradern der Zeit“, glaubte an eine heilsgeschichtlich ausgerichtete Ideologie, deren konsequente Umsetzung ihn mehr als einmal an den Abgrund zum Tod führte. *Die Praxis ist der Prüfstein für die Wahrheit*, das lernte auch Jöris. Er erfuhr über die Jahrzehnte so manche Praxisprüfsteine hautnah und ganz persönlich, und es gelang dem einst glühenden Kommunisten, ideologische Abgründe zu überwinden – vor allem aber zu überleben.

Zwischen 1998 und 2008 interviewte der Historiker Andreas Petersen den überaus agilen Kölner Zeitzeugen Erwin Jöris. Zudem recherchierte der Autor in zahlreichen deutschen und ausländischen Archiven, bereiste – zum Teil mit Jöris – zahlreiche erinnerungsrelevante historische Stätten, und es entstand das „Jahrhundertdiktat“, ein voluminöser biographischer Band, in dem sich Zeitgeschichte, quasi biographisch authentisch gebrochen, reflektiert und sowohl große als auch kleine Politik auf besondere Weise verstehbar wird. Dem aussagekräftigen, überaus lehrreichen und sehr gelungenen Buch liegt eine DVD bei: „Erwin Jöris im Interview“, Köln 2002.

Am 5. Oktober 1912 wurde Erwin Jöris in Berlin-Lichtenberg geboren. Aufgewachsen in den von Straßenkämpfen gebeutelten Berliner Arbeitervierteln – sein Vater war aktiver Teilnehmer an den Spartakuskämpfen 1918 – schloß er sich mit sechzehn Jahren dem Kommunistischen Jugendverband Deutschlands (KJVD) an. Der weitere Lebensweg des Jungkommunisten Jöris schien vorgezeichnet. Sein Biograph beschreibt im Wechsel von Interpretation und Zeitzeugenaussagen das zeitgeschichtliche Umfeld in der Weimarer Zeit und am Vorabend der Machtübertragung an die Nationalsozialisten in Deutschland. Gleichsam gelingt Petersen eine Art Milieustudie über das Berlin der zwanziger Jahre, in der die Jugend von Jöris in idyllischer Wahrnehmung nachvollziehbar wird. Petersen erzählt Geschichte und erlebte Geschichte: Das *rote Berlin* im Wandel hin zum Zentrum der Nationalsozialisten. Kaum vorstellbar, was Komintern-Kader Heinz Neumann 1929 in der *Roten Fahne* forderte: „Schlagt die Nationalfaschisten, Sozialfaschisten und Stahlhelmhorden, wo ihr sie trefft!“ Der Feind der Arbeiterklasse war die Arbeiterschaft selbst, freilich die des Sozialdemokratismus. Erwin Jöris war als kommunistisch agierender Straßenkämpfer und „prügelnder Jungkommunist“ den braunen Einsatzgruppen nicht unbekannt – nach 1933 gelangte er sehr schnell in die Fänge der neuen Machthaber. Geschleust durch erste sogenannte *wilde* Konzentrationslager, brachte ihn die Gestapo schließlich am 1. Juli 1933 in das KZ Sonnenburg. Mit seinem Entlassungsschein unterschrieb Jöris ein Papier, „nie wieder an staatsfeindlichen Aktivitäten teilzunehmen“. Wenige Jahre später sollte ihm in der Sowjetunion diese Unterschrift zur Last gelegt werden. Doch zunächst folgte nach der KZ-Entlassung die Flucht in das „Vaterland der Werktätigen“, wo er für die kommunistische Kadenschmiede, die

Internationale Lenin-Schule in Moskau, empfohlen wurde. Dort wurde aus Erwin Jöris Ernst Blindenberg. Im Hotel Lux gab es ein Stelldichein mit vielen der seinerzeit bekannten Emigrationsgrößen wie Dimitroff, Pieck, Katayama oder Togliatti. *Ernst Blindenberg* war im Zentrum der Komintern-Macht angekommen. Recht bald schon regten sich bei Jöris erste Zweifel. Er sah Dinge, die er nie vermutet hätte – und Andreas Petersen erzählt die von Jöris erlebten Episoden, auch im Stil von Anekdoten: Jöris verstand die Welt nicht mehr. „Im Vaterland der Werktätigen einen Brotladen bewachen? Arbeitslos ja – aber kein Brot? Bevor wir in Berlin auf die KPD-Hungerdemonstration gegangen waren, hatten wir noch ne Bockwurst mit Kartoffelsalat gegessen.“

Die späteren politischen Repräsentanten des Nachkriegsdeutschland – Wilhelm Pieck und Herbert Wehner – holten Jöris vor eine Kommission, er hatte Stellung zur Sonnenburg-Unterschrift zu beziehen. Die Komintern entschied: Bewährungseinsatz in der Produktion, Transport zum Ural. Jöris lernte zunehmend die Komintern als „Ständestaat der Weltrevolution“ kennen. Je klarer ihm das wurde, um so größer wurde die Wut auf derartige Klüngel und Ungerechtigkeiten. Es kam die Zeit der Denunziationen, Verdächtigungen und Verhaftungen, recht schnell auch die des ungezählten Mordens. „Am Ende“, resümiert Jöris, „standen erpresste Geständnisse und die Schreckens-„Erkenntnis“: Der Feind war in die Partei eingebrochen“. Doch welcher Feind? Mit dem „Großen Terror“ als „„Endlösung“ der sozialen Frage“ begann die Treibjagd, auch der Exil-Deutschen auf Exil-Deutsche, und Erwin Jöris geriet ins Fadenkreuz des sowjetischen Geheimdienstes. Alle entlassenen KZ-Häftlinge, so auch Jöris, galten inzwischen als Kollaborateure, und KP-Funktionäre übergaben dem NKWD deutsche Kommunisten zur Liquidierung auf Grundlage von Abschlußlisten.

Der von Kommunisten verfolgte Kommunist suchte schließlich die deutsche Botschaft in Moskau auf. Er hatte große Hoffnung, einen deutschen Paß zu bekommen. Freiwillige Einreise nach Berlin? Dort einer erneuten Verhaftung entgegensetzen? Vielleicht KZ oder gleich das Todesurteil? Was bringt einen Menschen dazu, allen Ernstes diesen Schritt zu gehen: „Die Faschisten als letzte Rettung vor den eigenen Leuten“? Am 16. August 1937 erfolgte die Verhaftung durch den NKWD. Es begann die von Stalin befohlene „deutsche Operation“, zu der auch die Inhaftierung vieler Exil-Deutschen als Verräter und NS-Spione gehörte.

Der als „konterrevolutionärer Staatsverbrecher“ Beschuldigte hatte großes Glück, er wurde aus Stalins Sowjetunion ausgewiesen. Hatte er wirklich Glück? Ja – denn die Todesquote der Komintern-Exilkommunisten war beträchtlich, doch das „Glück“ hatte einen Haken – in Form der SS-Männer, die ihn von Polen direkt nach Berlin „begleiteten“. An Flucht war nicht zu denken.

Petersen notiert alternative Lebenswege, ordnet ein und schlägt den Bogen zur großen Politik. Einer der wie Jöris Ausgewiesenen sollte später Generalmajor des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) werden. Zuvor hatte dieser nach seiner Rückkehr aus Moskau und der prompten Verhaftung in Deutschland im KZ Buchenwald die illegale Lagerorganisation der Kommunisten mit aufgebaut und als Pfleger zahlreiche Mitgefängene ermordet. Es handelte sich um Wlassow-Leute, liquidiert von Helmut Thiemann, der nach Kriegsende von den US-Fahndern wegen seiner begangenen über 170 KZ-Morde gesucht wurde. Aus Thiemann wurde schon bald Rolf Markert, und unter dieser Identität baute er nunmehr das MfS mit den einstigen und neuen „Freunden“ in Sachsen auf – eine von vielen einprägsamen Karrieren dieser Zeit.

Erwin Jöris wurde nach Berlin-Moabit gebracht: zehn Monate Gefängnis. Zahlreiche Befragungen über seinen Rußlandaufenthalt – der Rückkehrer war schon bald überrascht. Er bekam einen Ausweis als „Rußlandrückkehrer“ mit dem Vermerk: „Bei Arbeitsvermittlung bevorzugt zu behandeln. Jöris war fassungslos dankbar.“ Alles eine wohlkalkulierte Farce der NS-Schergen? Jöris ist sich noch heute sicher: „Das hing alles an Krohn. Alles!“ – Krohn war Kriminaloberassistent im Berliner Polizeipräsidium. Autor Petersen hebt hervor, „die Vernehmungsprotokolle liegen heute im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes“.

Mit Kriegsausbruch erhält Jöris den Einberufungsbefehl. Er wird zu einer Kriegslazarettabteilung abkommandiert. Sein Weg führt ihn mit der Wehrmacht quer durch Europa von der Atlantikküste bis nach Rumänien, dann weiter bis nach Rußland. „Die Leute standen mit Blumen am Straßenrand. Die hofften alle auf Befreiung“, erinnert sich der Kriegsteilnehmer beim Vorrücken in die Ukraine. Und die vielen Morde der SS-Einheiten und Polizeitrupps? Petersen listet auf: 1,5 Millionen ermordete Juden allein während der deutschen Besatzung in der sowjetischen Ostukraine. „Davon habe ich nichts mitbekommen“, zitiert der Autor seinen Interviewpartner. Petersen: „Nur schwer kann man sich eine Geheimhaltung vorstellen, aber warum sollte Jöris die Dinge beschönigen?“. Die Frage bleibt bis zum Ende des Buches unbeantwortet.

Später folgten Partisanenkrieg und schließlich der Rückzug der Wehrmacht Richtung Lemberg. Jöris erhält das „Kriegsverdienstkreuz erster Klasse wegen der Rettung von 18 Verwundeten“. Bei Königs Wusterhausen gerät er schließlich in russische Kriegsgefangenschaft. Erneut führen die Eisenbahnwaggons aus dem besiegten Deutschland gen Osten. „An den Stationen wurden die Toten rausgeschleift.“ Jöris gehörte nicht

dazu. Er überlebte im „Gulag der Kriegsgefangenen“, 150 Kilometer vor Moskau.

1946 kam Erwin Jöris zurück nach Berlin. Eindringlich wird die katastrophale Situation im Nachkriegsdeutschland geschildert, Jöris schloß sich sofort der KPD in Lichtenberg an. Auf Anschlägen las er Werbungsaufrufe für frei gewordene Polizeistellen, der Unterzeichner war kein Unbekannter, Jöris kannte Erich Mielke, den „einfachen Rowdy“ aus früheren gemeinsamen KJVD-Tagen.

1947 lernt SED-Mitglied Jöris die drei Jahre jüngere Gerda Schütze, Flüchtling aus Landsberg an der Warthe (heute: Gorzów Wielkopolski) kennen, geheiratet wird zwei Jahre später – kurz vor der Gründung der DDR. Wenige Tage vor Weihnachten 1949 holen zwei Herren Jöris ab. Im PKW geht es, „um etwas zu klären“, in die Genslerstraße, Berlin-Hohenschönhausen. „Nun erzählen Sie mal von Ihren Verbrechen“, wird Jöris von einem NKWD-Offizier aufgefordert. „Da war sie wieder, die Mühle: ‚Die Nazis werfen dir was vor. Und die Russen wollen immer, dass du dich selbst beschuldigst‘“ Jöris beschreibt das Martyrium der sowjetischen Untersuchungspraxis. Nicht jeder Häftling überlebte bis zur Urteilsverkündung „in den Händen geisteskranker Kopffäger“ – eine wohl nachvollziehbare Einschätzung der bedrohlichen Situation.

Am 26. Mai 1951 wird Jöris per Fernurteil aus Moskau wegen „Spionage“ zu 25 Jahren Besserungsarbeitslager verurteilt. „Jöris war ein Fall von vielen“, konstatiert Petersen. Nur durchkommen! Tausende mögen so gedacht haben, dort am 67. Breitengrad in der Nähe des Polarkreises in Workuta. 1955 ist Erwin Jöris erneut Rückkehrer. Von Berlin aus flieht er in den Westsektor, von dort geht es über Friedland nach Köln, wo er heimisch wird.

Petersen ordnet auch hier – umsichtig und einfühlsam – den biographischen Lebensweg, verwoben mit der großen

Zeitgeschichte. In der „Entspannungsphase“ ging Erwin Jöris in den Ruhestand, doch „das Interesse an Politik blieb sein Leben“. Gemeinsam mit seiner Ehefrau Gerda las er 1995 ein Schreiben aus Moskau: die Rehabilitierung. Gerda Jöris stand ihm bis zu ihrem Tod 2005 zur Seite.

„Ein Lebensweg im diktatorischen Brennglas fordert Selbstreflexion – auch vom Zuhörer“, schreibt Petersen am Ende seines Buches. Ein Anspruch, der auch an die hoffentlich zahlreichen Leser dieser außergewöhnlichen Biographie gestellt bleibt.

André Gursky

Gulag. Spuren und Zeugnisse 1929–1956. Begleitband zur Ausstellung, Hrsg. Volkhard Knigge und Irina Scherbakowa i. A. der Stiftung Gedenkstätte Buchenwald und Mittelbau-Dora und der Internationalen Gesellschaft für Historische Aufklärung, Menschenrechte und Soziale Fürsorge Memorial Moskau. Göttingen: Wallstein Verlag 2012, 154 S., 14,90 €.

Wer den schmalen Katalogband *Gulag. Spuren und Zeugnisse 1929–1956* mit 153 Seiten zur Hand nimmt, wird sich hinterher womöglich fragen, wie kann eine „nur“ 400 Quadratmeter große Ausstellung die Dimensionen des Gulag erfassen und vermitteln. Die Ausstellungs- und Katalogmacher haben zudem den im Titel gewählten zeitlichen Rahmen in der Ausstellung und im Katalog durch den Abschnitt „Von der Oktoberrevolution zum Gulag“ sowie die Behandlung der „Gulag-Erinnerung“ nach der Auflösung des Gulag-Systems erweitert. Ausstellung und Katalog präsentieren einen chronologisch-thematischen Überblick zum Thema mit den Schwerpunkten „Verfolgung und Deportation“ und „Zwangsarbeit, Überleben und Sterben im Lager“.

Der Begriff „Gulag“, einst nur eine Abkürzung für eine Behördenbezeichnung, wurde international zum Synonym für die

sowjetischen Lager, in denen mehr als zwanzig Millionen Menschen eingesperrt wurden und Zwangsarbeit leisten mußten. Bis zur Auflösung des Gulag-Systems starben etwa zwei Millionen Insassen.

Die Glavnoje Upravlenie Lagerej – Hauptverwaltung der Lager war Teil des staatlichen Terror-Systems des ersten Arbeiter- und Bauern-Staates, der sich gegen alle Schichten der Bevölkerung richtete. Schon mit dem Beschluß des Rates der Volkskommissare über den Roten Terror vom 5. September 1918 sanktionierten die Bolschewiki eine Politik der Vernichtung von „Klassenfeinden“. Diese zwar noch unter den Bedingungen eines Bürgerkrieges ausgegebene Richtlinie begründete die später zügellos praktizierten Methoden der Verhaftung, „Säuberung“ und Tötung von tatsächlichen und angeblichen Feinden des Sozialismus/Kommunismus. Der Idee sogenannter Besserungslager in der Zeit der wirtschaftlichen und kulturellen Liberalisierung des Landes in der Phase der „Neuen ökonomischen Politik“ (bis 1928) wurde allerdings wenig Beachtung geschenkt. Mit dem 1923 errichteten Lagerkosmos auf den Solowezki-Inseln wurde bereits „der Prototyp und die ‚Schule‘ des Gulags“ geschaffen.

Zahlreiche erstmals in Deutschland gezeigte Exponate und historische Fotos dokumentieren einzelne Aspekte wie „Verhaftungen und Ermittlungen“ und „Verurteilung und Strafe“. Die von der Menschenrechtsorganisation „Memorial“ seit Ende der achtziger Jahre gesammelten Objekte, wie Teile einer Holzpritsche, auf der vier oder noch mehr Gefangene nächtigen mußten, ein selbstgefertigtes Säckchen zur Aufbewahrung von Brot, das persönliche Nachweisbüchlein eines Lagerhäftlings mit Vermerken über die Ableistung der Arbeitsnorm und anderes sind karge Zeugnisse aus dem Lageralltag.

Das Schicksal der Opfer steht im Mittelpunkt der Ausstellung, aber auch das La-

gerpersonal, dem die Häftlinge schutzlos ausgeliefert waren, wird nicht ausgespart. Mit der Beschreibung der schwierigen und wechselhaften Erinnerung an den Gulag, an die Toten und Überlebenden, zwischen 1953 und 1985 und nach Beginn der Perestroika endet der thematische Teil des Katalogs. Der Leser erfährt an dieser Stelle jedoch nicht, welchen Platz und Stellenwert das Thema, das auf mehreren Generationen lastet, in der heutigen gesellschaftlichen Öffentlichkeit Rußlands einnimmt.

So wie in der Ausstellung haben auch im Katalog ausgewählte Häftlingsbiographien einen zentralen Platz. Im Katalog werden zwanzig Schicksale vorgestellt. Sie sind Beispiele dafür, „aus welchen unterschiedlichen Gründen Menschen in den Gulag eingeliefert worden sind“. Daß nicht nur Sowjetbürger Gulag-Häftlinge waren, sondern auch Ausländer, zeigen die Biographien von Deutschen, darunter der ehemalige Sozialdemokrat und spätere KPD-Funktionär Hugo Eberlein.

Der Wert des Katalogs besteht weniger in den kurzen und präzisen Aussagen zu den einzelnen Ausstellungsabschnitten, sondern in den begleitenden Essays von Nicolas Werth „Ein kurzer historischer Abriss über den Gulag“ und Irina Scherbakowa „Die Gesellschaft ‚Memorial‘ und die Erinnerung an die Opfer politischer Verfolgung“. Werth analysiert den Gulag vor dem Gulag, die wichtigsten Entwicklungsphasen und die Umstrukturierung des Gulags nach Stalins Tod.

Der Band wird im Anhang mit graphischen Übersichten zur Organisation des Terrors, den Wellen der Repression und den Dimensionen des Gulags bereichert. Die Ausstellung wurde erstmals vom 29. April bis 24. Juni 2012 in Neuhardenberg (Brandenburg), danach vom 19. August bis 21. Oktober 2012 in Weimar (Thüringen) gezeigt. Sie wird als Wanderausstellung für weitere Stationen im In- und Ausland angeboten.

Der Katalog informiert in gebotener Kürze und inhaltsreich über das Thema im ganzen und mit ausgewählten Texten und Fotos über die Ausstellung.

Für weitere Fotos, Texte und Hörstücke sei ein Besuch im Internet empfohlen: www.ausstellung-gulag.org. Das deutsch-russische Projektteam bietet dort neben der Ausstellung und dem Katalog ein ebenfalls sehenswertes Angebot.

Lutz Priëß

Graf, Maximilian: Die Welt blickt auf das Burgenland, 1989 – Die Grenze wird zum Abbild der Veränderung. In: Graf, Maximilian/Lass, Alexander/Ruzicic-Kessler, Karlo (Hrsg.): Das Burgenland als internationale Grenzregion im 20. und 21. Jahrhundert. Wien: Neue Welt Verlag 2012, S. 135–179.

Das österreichische Burgenland grenzt im Norden an die Slowakei und im Osten an Ungarn. Ihre Lage ließ diese Region dreimal im zwanzigsten Jahrhundert zum Ziel großer Flüchtlingsbewegungen werden: 1956 bei der Niederschlagung des Ungarnaufstandes, 1968 bei der Niederschlagung des Prager Frühlings und 1989 beim Zusammenbruch des SED-Regimes. Immer hat die burgenländische Bevölkerung selbstlos und konkret den Flüchtlingen geholfen. „Die Burgenländer hatten stets ein großes Herz, wenn Menschen in Not waren“, schreibt Landeshauptmann Hans Niessl im Vorwort dieses aus Anlaß der 90jährigen Zugehörigkeit zu Österreich erschienenen Sammelwerks.

Der Historiker Maximilian Graf von der Österreichischen Akademie der Wissenschaften behandelt in dem Buch die dramatische Zeit im Sommer 1989, als zehntausende Flüchtlinge aus der DDR über Ungarn und das Burgenland ihr eigentliches Ziel Bundesrepublik Deutschland erreichen konnten. Diese große Fluchtbewegung war die Folge des Abbaus des Eisernen Vorhangs an der ungarisch-österreichischen Grenze. Die Ungarn hatten am 1. Januar 1988 Reisefreiheit in den Westen erhalten. Damit wurde der Eisernen Vorhang für sie durchlässig. Eine Erhaltung der teuren Grenzsperrungen für die anderen Einwohner des Ostblocks wollte die ungarische Staats- und Parteiführung nicht. Am 2. Mai 1989 begannen die Abrissarbeiten. Die Nachricht davon erreichte über das westdeutsche Fernsehen auch die Bürger der DDR. Weltberühmt wurden dann Fotografien, die den österreichischen Außenminister Alois Mock und seinen ungarischen Amtskollegen Gyula Horn an der Grenze am 27. Juni 1989 zeigten, als sie mit Bolzenschneidern den Draht des Grenzzauns durchtrennten. Obwohl diese Szene auf Wunsch eines Fotografen gestellt war, hatten die Bilder auf fluchtwillige DDR-Bürger enorme Wirkung. Eine Flüchtlingswelle rollte auf das Burgenland zu. Am 19. August 1989 gelang bei einer Veranstaltung an der Grenze der Durchbruch von mehreren hundert Ostdeutschen. Es war die größte Massenflucht seit dem Mauerbau. Nun schlug die Stunde des Burgenlandes. Mehrere Auffanglager wurden errichtet, um die Flüchtlinge zu versorgen und ihre Fahrt zur Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Wien zu organisieren.

Bundeskanzler Helmut Kohl und Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher verständigten sich mit ihren ungarischen Amtskollegen Istvan Nemeth und Gyula Horn am 25. August 1989 bei einem Geheimgespräch auf Schloß Gymnich bei Bonn über die Öffnung der ungarischen Grenze für alle Flüchtlinge aus der

DDR. Die Grenzöffnung wurde am 11. September 1989 wirksam. Das Österreichische Rote Kreuz organisierte die Durchreise. Etwa 50 000 Ostdeutsche nutzten diese Möglichkeit. Kohl dankte in einem Brief vom 27. September 1989 den Bürgern und Bürgerinnen im Burgenland. "Sie haben sich um die Deutschen aus der DDR, die aus Ungarn kamen, in einer besonderen Weise bemüht. Wir werden dieses bewegende Zeugnis der Mitmenschlichkeit nicht vergessen." Der Fall der Berliner Mauer sechs Wochen später war auch eine Folge jener Massenflucht in das Burgenland, wie Graf zu Recht bemerkt.

Der Wiener Historiker schildert in seinem Beitrag sehr plastisch anhand der Literatur und zeitgenössischer Pressemeldungen die Ereignisse vor 23 Jahren, als sich in einer kleinen Grenzregion die Entwicklung ganz Europas änderte. Der Mut der Ostdeutschen zum Wagnis der Flucht, der mutige Entschluß der ungarischen Regierung zur Grenzöffnung und die Solidarität der Menschen im Burgenland mit den Flüchtlingen führten trotz aller Dramatik damals schließlich nicht nur im Burgenland zum Abbau aller Grenzen aus Stacheldraht an der Trennlinie zwischen Ost und West.

Maximilian Graf hat schon viele interessante Beiträge zur Zeitgeschichte geliefert, die sich durch große Quellengenauigkeit und exakte Zitierweise auszeichnen. Er ist auch ein guter Kenner der österreichisch-ostdeutschen Beziehungen. Die Erforschung und Beschreibung der DDR mit dem Blick von außen bringt viele neue Erkenntnisse, weil ausländische Wissenschaftler manche von der innerdeutschen Forschung unbeachtete Überlieferungen auswerten. Graf hat beispielsweise in dem jüngsten Band der Studien des Forschungsverbundes über die "schwierige Dreierbeziehung" zwischen Österreich und den beiden deutschen Staaten die Wahrnehmung der jungen DDR in Berichten österreichischer Diplomaten aus den Hauptstädten des

Ostblocks dargestellt. Dieses wichtige Quellengut wurde hierzulande bisher nicht zur Kenntnis genommen. In Kürze erscheint Grafs in Wien vorgelegte Dissertation zum Thema "Österreich und die DDR 1949–1989/90. Beziehungen – Kontakte – Wahrnehmungen". Man darf gespannt sein.

Enrico Seewald

Möller, Horst (Hrsg. im Auftrag des Auswärtigen Amtes): Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1981. Drei Bände, 2 185 Seiten. München 2012, Oldenburg Verlag.

Die Jahressbände sind unmittelbar nach Ablauf der 30jährigen Sperrfrist erschienen. Das Bearbeiterteam (Daniela Taschler, Matthias Peter und Judith Michel) stand unter der Leitung von Ilse Dorothee Pautsch. Breit dokumentiert sind in den drei Bänden Gespräche und Vermerke der Mitarbeiter und Diplomaten des Auswärtigen Amtes sowie des Außenministers Hans Dietrich Genscher. Interessante Einblicke bietet das diplomatische Schriftgut u.a. in die damaligen internationalen Abstimmungen zum Doppelbeschluß der NATO und zur wirtschaftlichen Krise mehrerer Ostblockstaaten. Aus den Aufzeichnungen, die der Vortragende Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl über eine Unterredung Genschers mit dem britischen Außenminister Lord Carrington und dem französischen Außenminister François-Poncet, das am 12. Februar 1981 im Gästehaus Venusberg stattfand, geht hervor, wie sich die drei Europäer auf anstehenden Unterredungen in Washington untereinander abstimmten. Sie waren sich einig, „den Amerikanern klarzumachen, daß das Modell des Doppelbeschlusses aufrichtig in beiden Teilen verwirklicht werden müsse, um einer zu erwartenden Friedenskampagne in ganz Europa zu widerstehen“. Carrington erklärte, daß sich eine solche Friedenskampagne in Groß-

britannien bereits abzeichne und Genscher wies darauf hin, „daß eine Friedensoffensive gigantischen Ausmaßes auf uns zukomme“. Carrington äußerte sich skeptisch über die Erfolgsaussichten der Abrüstungsverhandlungen mit der Sowjetunion, betonte aber deren Bedeutung „als Zeichen des guten Willens und als Mittel, die SU ins Unrecht zu setzen“. Ein leichter Dissens bestand in der Frage, wie auf eine schon zu diesem Zeitpunkt befürchtete Intervention der Sowjetunion in Polen zu reagieren sei. Gerold von Braunmühl fügte seinen Gesprächsaufzeichnungen eine Notiz bei, wonach der polnische Botschafter in London, Bisztyga, am gleichen Tag, dem 12. Februar 1981, im britischen Außenministerium eine Mitteilung des polnischen Außenministers Czyrek übergeben hatte. Demnach verschlechterte sich die wirtschaftliche und politische Lage in Polen ständig. „Wenn es so weitergehe, werde man in zwei Monaten Anarchie haben. Deshalb müsse etwas geschehen. Demnächst werde die Regierung umgebildet. Czyrek sei es wichtig zu wissen, wie der Westen reagieren werde, wenn man ‚entscheidende Maßnahmen‘ unternahme.“ Auch was darunter zu verstehen war, teilte Czyrek den Briten mit: „Erklärung des Notstandes und Mobilisierung der Miliz“. Der polnische Außenminister bat in dieser Mitteilung darum, „der Westen möge für die polnischen Maßnahmen Verständnis zeigen“, deren Ziel „die Wiederherstellung der Macht ‚der Gemäßigten‘“ sei. „Was Polen jetzt noch mehr brauche als wirtschaftliche Hilfe, sei Zeit und Atem.“ Es war demnach schon zu Beginn des Jahres den westlichen Verbündeten klar, welche Zuspitzung die Krise in Polen im Laufe des Jahres erfahren könnte. Die in den drei Bänden präsentierten Dokumente des Auswärtigen Amtes belegen eindrücklich, wie intensiv sich das westliche Bündnis im Jahr 1981 um gemeinsame Standpunkte und koordinierte Reaktionen auf die krisenhafte Entwicklung im sowjetischen Imperium bemühte.

Aufschlußreich für die deutsch-deutschen Beziehungen sind die Mitteilungen von Staatssekretär Klaus Bölling aus Ost-Berlin über seine zweite Unterredung mit Erich Honecker, die am 18. März 1981 stattfand. Honecker übergab ein Non-paper das eine „mündliche Botschaft“ an Bundeskanzler Helmut Schmidt enthielt. Bölling hatte den Eindruck, daß der SED-Chef gegenüber der sowjetischen Führung „augenscheinlich dem Verdacht entgegenwirken“ wolle, „daß er die Interessen der DDR womöglich über die Interessen der eigenen Allianz zu stellen bereit sei“. Er habe sich das Non-paper offenbar Zeile für Zeile von seinem Politbüro bestätigen lassen. Bölling wies darauf hin, daß seinem Eindruck nach „die Sorge der SED-Führung vor einer Eskalation der polnischen Entwicklung noch größer geworden“ sei. Honecker betonte, „es habe keinen Zweck zu versuchen, einen ‚NATO-Schirm‘ über Polen zu spannen“. Polen sei ein fester Bestandteil des Warschauer Pakts, wie die Bundesrepublik ein fester Bestandteil der NATO. Bölling bestätigte diese Auffassung und wies auf die wirtschaftliche Hilfe der Bundesrepublik für Polen hin. Die Bundesrepublik habe kein „Interesse an einer Eskalation, sowohl wegen der Auswirkungen auf die gesamteuropäische Lage als auch im besonderen wegen unseres Verhältnisses zur DDR. Wir seien im Gegenteil an einer Stabilisierung der Lage interessiert.“ Am Ende des Gesprächs sagte Honecker laut Böllings Bericht: „Es sei schon spektakulär, wenn man die Dinge auf dem gegenwärtigen Stand halten könne. Mehr sei im Augenblick nicht drin.“ Schließlich hielt es Honecker für wichtig über Preußen zu sprechen und auf die Wiederaufstellung des Denkmals von Friedrich dem Großen hinzuweisen – „Sie sehen Herr Bölling, der reitet da wieder Unter den Linden“ – sowie zu bemerken, daß Preußen im Vergleich zu Frankreich und Rußland weit weniger Kriege geführt hatte.

Über einen, der 1981 gerade Krieg führte, über Leonid Breschnew nämlich, machten sich Bundeskanzler Schmidt und die britische Premierministerin Thatcher im Laufe eines „Vier-Augen-Gesprächs“ am 18. November 1981 Gedanken. Schmidt meinte, „sein Friedenswunsch ist aufrichtig. Er hat tiefe Angst vor einem neuen Krieg. Er kommt immer wieder auf seine eigenen Kriegserfahrungen zurück. Für sich selbst hat er sicherlich keinen großen Ehrgeiz mehr.“ Thatcher bat Schmidt, bei der wenige Tage später anstehenden Begegnung mit Breschnew, ihm das „westliche System zu erklären. Die Sowjets verstehen die inneren Probleme einer Demokratie nicht, insbesondere die neueren Tendenzen in allen Parlamenten, die außenpolitische Handlungsfreiheit der Regierungen einzugrenzen.“ Solche Sorgen hatte Breschnew sicherlich nicht.

Ebenso erstaunlich wie die offene Art, in der sich Helmut Schmidt und Margret Thatcher zur Weltlage und dem gemeinsamen Handeln des westlichen Bündnisses austauschten, sind die offenen Worte, mit denen der chinesische Außenminister Huang Hua Außenminister Genscher zu einer entschiedenen Haltung gegen die sowjetische Bedrohung Europas aufforderte. „Die SU versucht weiterhin, auf Umwegen Europa einzukreisen“, erklärte Huang Hua und bot Genscher an, gemeinsam „mit aller Kraft den bewaffneten Widerstand in Afghanistan und Kampuchea [zu] unterstützen, um ein weiteres Vordringen des SU zu verhindern“. Hua empfahl, die Anstrengungen zu einer Stärkung der Europäischen Gemeinschaft fortzusetzen, da die Vereinigten Staaten alleine nicht in der Lage seien, die sowjetischen Expansionsbestrebungen einzugrenzen.

Es würde den Rahmen dieser Rezension sprengen, auf weitere diplomatische Schwerpunkte einzugehen, zu denen die dreibändige Dokumentensammlung zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland für das Jahr 1981 interessante Aufschlüsse bietet. Die Edition bewegt

sich, wie auch vorherige Bände, auf hohem Niveau und bleibt durchgängig dem Gegenstand der Auswärtigen Politik in jeder Hinsicht angemessen.

Jochen Staadt

Kenzler, Marcus: Der Blick in die andere Welt. Einflüsse Lateinamerikas auf die Bildende Kunst der DDR. (Theorie der Gegenwartskunst, hrsg. v. Matthias Bleyl, Bd. 18), zugl.: Hildesheim, Univ., Diss. 2010, 2 Bde. Münster-Berlin: LIT Verlag 2012, 984 Seiten, 110,- €.

Marcus Kenzler hat sich in seiner zwischen 2006 und 2009 an der Universität Hildesheim entstandenen Dissertation eines von der DDR-Kunstgeschichtsforschung nach 1989/90 kaum beachteten Themas angenommen, nämlich der Strahlkraft Mittel- und Südamerikas auf die bildende Kunst in der DDR. Entstanden ist dabei ein umfangreiches Werk in zwei Teilbänden mit über 900 Seiten, wobei der zweite Band zum größten Teil das Abbildungsverzeichnis sowie drei ausgewählte Interviews umfaßt, die Kenzler im Rahmen seiner Recherchen geführt hat. Diese Interviews, soweit sie an dieser Stelle schon vorausgegriffen, stellen einen wesentlichen Beitrag des Buches zur Forschung dar.

Das strukturelle Gerüst der Arbeit bilden sechs Hauptkapitel. Nach dem Forschungsstand werden in der Einleitung die Relevanz des Themas und die Fragestellung umrissen. Streckenweise redundant erscheinen jene Passagen, in denen Kenzler die bereits mehrfach dargelegte „Geschichte der DDR-Kunst“ erneut rekapituliert und dabei, da er ausschließlich auf Sekundärliteratur zurückgreift, keine neuen Erkenntnisse liefern kann; ein Verweis auf die zahlreichen Überblickswerke wäre an dieser Stelle ausreichend gewesen. Im Anschluß an diese Einführung werden im zweiten Hauptkapitel die Rahmenbedingungen für die Bezugnahme der bildenden Künste der DDR auf

Lateinamerika ebenso behandelt wie Rezeptionswege von lateinamerikanischer Kunst und Kultur in der DDR, sowie die bilateralen Beziehungen der DDR zu den süd- und mittelamerikanischen Staaten, allen voran Kuba und Chile. Das dritte, zentrale Kapitel stellt die Frage nach den verschiedenen Motivationen für Künstler, sich in ihren Arbeiten mit Lateinamerika auseinandersetzen, und spannt dabei einen weiten historiographischen Bogen bis in das 19. Jahrhundert zu den Urahnen der deutschen Lateinamerikabegeisterung Alexander von Humboldt und Karl May wie auch zu den deutschen Exilanten während des Zweiten Weltkriegs in Mexiko wie Anna Seghers, Ludwig Renn und Bodo Uhse. Darauf aufbauend untersucht Kenzler im vierten Kapitel einige ausgewählte Hauptwerke der bildenden Kunst, die den von ihm ausgemachten Lateinamerikabezug hinsichtlich Form, Stil und Bedeutung besonders deutlich artikulieren. Im abschließenden fünften Kapitel sind die Interviews wiedergegeben, die Kenzler mit Peter Michel, Ursula Mattheuer-Neustädt und Ronald Paris zwischen 2005 und 2006 geführt hat.

Zwar existieren mittlerweile eine Reihe von Arbeiten, die sich mit der Kunst in der DDR und ihren internationalen, über das deutsch-deutsche Verhältnis hinausreichenden Beziehungen beschäftigen – wie Christian Saehrendts *Kunst als Botschafter einer künstlichen Nation – Studien zur Rolle der bildenden Kunst in der Auswärtigen Kulturpolitik der DDR* von 2009 oder der Ausstellungskatalog *Art of Two Germanys – Cold War Cultures* (Los Angeles, Nürnberg, Berlin 2009–2010) –, doch ist Kenzler der erste, der sich intensiv aus diesem Blickwinkel mit der ostdeutschen Faszination für Lateinamerika auseinandersetzt. Er steht damit in der Tradition von vor 1989/90 erschienenen Studien, auch wenn Kenzler diese Vorarbeiten leider nicht für seine Arbeit zur Kenntnis genommen hat; so fehlen maßgebliche Standardwerke wie Wolfgang Kießlings *Exil in Lateinamerika* (Leipzig

1980 bzw. Frankfurt am Main 1981) oder sein *Brücken nach Mexiko* (Berlin 1989). Kenzlers Argumentation liegt die zentrale These zugrunde, daß der lateinamerikanische Einfluß auf die Kunst in der DDR so bedeutend gewesen sei, daß keineswegs nur von einem marginalen, sondern vielmehr von einem „prägenden Charakteristikum“ zu sprechen sei. Kenzler will zeigen, daß die Beeinflussung der bildenden Kunst in der DDR durch das „Phänomen Lateinamerika“ sowohl einen „formalästhetischen Aspekt“ besitzt, als auch auf inhaltlicher Ebene nachhaltige Folgen gehabt hatte – kurzum, daß die lateinamerikanische Kunst vorbildlich nicht nur aufgrund ihrer rein künstlerischen oder stilistischen Qualitäten war, sondern auch wegen der ihr eigenen Themen und Sujets eine hohe Anziehungskraft über die vier Jahrzehnte währende DDR-Geschichte besaß. Anregend wirken Kenzlers Ausführungen zur Problematik des Lateinamerika-Bezuges zwischen der Anpassung an kulturpolitische und damit parteiliche Vorgaben durch die SED auf der einen Seite und der individuellen, bis in den Nonkonformismus gehenden künstlerischen Beschäftigung mit dem Thema auf der anderen Seite. In diesem Spannungsfeld stellt Kenzler „die Frage [...] nach der Authentizität des Lateinamerika-Bezuges im Kontext der realpolitischen Situation in der DDR“. Diese Fragestellung tangiert auch die verschiedenen Formen, durch welche die Kunst Lateinamerikas, also besonders die aus Chile, Kuba und Mexiko, in die DDR gelangen konnte. Die vielseitigen Rezeptionswege werden von Kenzler gründlich nachgezeichnet, teilweise unter der Benutzung von Primärquellen aus dem Bundesarchiv, vor allen Dingen aber basierend auf den Zeitzeugenaussagen, die der Autor durch seine Interviews gewonnen hat. Kenzler kann aufzeigen, daß ein ganzes Bündel von Ursachen für den starken Einfluß Lateinamerikas auf die bildende Kunst in der DDR verantwortlich gewesen ist. Darun-

ter zählen staatliche und institutionelle Kontakte, publizistische und Ausstellungstätigkeiten und der persönliche Austausch, wie er zum Beispiel auf den Künstlerreisen nach Lateinamerika zustandekam oder von der SED im Rahmen der „antifaschistischen Solidarität“ mit Exilanten in der DDR gezielt gefördert wurde.

Dem konkreten lateinamerikanischen Einfluß spürt Kenzler in Kunstwerken aus nahezu allen Gattungen nach. Begrüßenswert ist, daß er sich dabei nicht nur an den kanonisierten Beispielen von Hartwig Ebersbach, Willi Sitte, Werner Tübke und Bernhard Heisig abarbeitet – diese werden noch einmal gesondert und herausgehoben im vierten Kapitel thematisiert –, sondern en passant auch Plakate, Plastiken und Karikaturen analysiert. Schließlich konzentriert sich Kenzler jedoch zum einen auf die konfliktreichen Auseinandersetzungen in der DDR mit dem mexikanischen Muralismus und zum anderen auf die künstlerischen Reaktionen in der DDR auf den chilenischen Militärputsch unter Augusto Pinochet vom September 1973, der nach Kenzler einen „regelrechten Chile-Boom“ ausgelöst habe. Ausgehend von seinen ikonographischen Analysen kann Kenzler in diesen Chile-Werken eine allegorisch-ideologische Bedeutungsebene mit starken motivischen Anlehnungen an die christliche Kunst aufdecken, welche von Kenzler zu Recht kritisch hinterfragt wird. Die Gleichnishaftigkeit der politischen und gesellschaftlichen Konflikte in Lateinamerika dürfte im Kontext der säkularisierten Gesellschaft der DDR die Verwendung antiker und religiöser Inhalte und ihre zeitgenössische Aktualisierung legitimiert haben.

Ungeachtet aller Vorzüge der materialgesättigten Untersuchung Kenzlers ist auf mehrere kritikwürdige Punkte hinzuweisen. Methodisch problematisch erscheint dem Rezensenten zum einen die Überbetonung des Wertes von Zeitzeugenäußerungen, auf die Kenzler in seiner Argu-

mentation fast ausnahmslos setzt. Zwar ist die Signifikanz dieser Aussagen nicht zu unterschätzen, da sie das Verständnis interner Mechanismen und Strukturen befördern können, doch kann und darf sich der Zeit(kunst)historiker nicht ausschließlich darauf verlassen. Es gilt, nach wie vor, das 1977 von Reinhart Koselleck ausgemachte „Vetorecht der Quellen“, die als Gegenproben den mündlichen Aussagen der Zeitzeugen zur Seite gestellt werden sollten. Da dies bei Kenzler nicht erfolgt, haftet seiner Argumentation durchgängig eine gewisse Einseitigkeit an, spiegelt sie doch „nur“ den „persönlichen, privaten Einblick in das Kunstschaffen der DDR“ von eben diesen Kunstschaffenden der DDR wider. Evident wird die Problematik vor allem bei dem wiedergegebenen Interview mit Michel, dem von 1974 bis 1987 amtierenden Chefredakteur der Zeitschrift *Bildende Kunst*, also einem Repräsentanten der offiziellen Seite der Kunstlandschaft in der DDR: Wenn Michel etwa meint, es habe bis auf wenige Ausreißer kaum staatliche Einmischung in die Kunst und die Auftragsvergabe in der DDR gegeben, so kann man von seiten Kenzlers durchaus eine kritische Reflexion dieser Aussage eines „Betroffenen“ (Hans Rothfels) erwarten. Leider bleiben aber diese und andere Behauptungen – darunter auch Abrechnungen mit „Leuten aus unseren eigenen Reihen“ [gemeint ist der ebenfalls in der DDR wirkende Kunsthistoriker Hermann Raum; d.Verf.] – von Kenzler unkommentiert. Ein zweiter Kritikpunkt auf der methodischen Ebene zielt auf den Umstand, daß der Autor nach eigenem Bekunden zwar 24 Interviews geführt hat, auf diese gleichsam in seinen Fußnoten immer wieder rekurriert, der interessierte Leser aber nur den dafür zugrundeliegenden Fragebogen und drei Gespräche im Buch abgedruckt findet. Somit werden die Verweise auf den Inhalt der getätigten Gespräche hinfällig, da sie schlichtweg nicht nachles- und damit überprüfbar sind.

Daneben ist im für die gesamte Argumentation des Buches wichtigen Kapitel zur Rezeption des Muralismo auf einige inhaltliche Ungenauigkeiten hinzuweisen. Dies erscheint an dieser Stelle erforderlich, da Kenzler davon ausgeht, daß „die Orientierung am mexikanischen Muralismus [...] die erste Auseinandersetzung mit lateinamerikanischer Kunst in der SBZ beziehungsweise DDR darstellte“, sie also damit richtungsweisenden Charakter für die weitere Rezeption hatte. Wiederholt spricht Kenzler hinsichtlich der Beschäftigung in der DDR mit Mexiko von der Bedeutung der „Neuen Gesellschaft für Bildende Kunst“ Berlin (NGBK), da diese 1974 „erstmalig in der DDR einen Querschnitt durch die Kunst Mexikos präsentiert“ und 1987 eine „große Retrospektive zu Ehren Rive-ras“ organisiert habe. Daß die NGBK jedoch eine West-Berliner Institution war und somit nur von wenigen DDR-Bürgern besucht werden konnte, vergißt Kenzler leider zu erwähnen. Ein vergleichbarer Fauxpas findet sich noch einmal im gleichen Kapitel, als Kenzler die im Schloß Charlottenburg, also im Westteil Berlins, stattfindende Orozco-Ausstellung von 1981 im gleichen Atemzug mit der 1979 im VEB Verlag der Kunst Dresden erschienenen und in der DDR tatsächlich weit verbreiteten Monografie zu Orozco nennt. Die Bedeutung des Spaniers Josep Renau, eines in der DDR lebenden Mexiko-Emigranten und engen Mitarbeiter von Siqueiros für die theoretische wie praktische Muralismus-Rezeption in Ostdeutschland wird von Kenzler nur am Rande gestreift: War Renau, wie von Kenzler behauptet, tatsächlich in der DDR ein so gefragter Künstler? Warum wurde das Innenwandbild „Der Mensch unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution“ nicht ausgeführt? Zu konstatieren ist, daß es sich weder bei der „Friedlichen Nutzung der Kernenergie“ um ein Innenwandbild handelte, noch daß die Werke Renaus für Halle-Neustadt allesamt unter dem Titel „Die Einheit der

Arbeiterklasse und Gründung der DDR“ firmierten, wie Kenzler schreibt.

Trotz dieser vermeidbaren Mängel ist es zweifelsohne das große Verdienst der Arbeit Kenzlers, auf exemplarische Weise die Interdependenzen zwischen Kunst und Politik in einer globalisierten Welt nach 1945 aufgezeigt zu haben. Der von Kenzler ausgemachte und bislang ignorierte „lateinamerikanische Aspekt“ in der bildenden Kunst der DDR demonstriert die – zumindest einseitige – Durchlässigkeit des Eisernen Vorhangs. Ob sich mit Arbeiten wie dieser auch in der kunsthistorischen Forschung das Bild des „Nylon Curtain“ (Györgi Péteri) vermehrt in den Blickpunkt schieben wird, werden jedoch erst zukünftige Studien zeigen können.

Oliver Sukrow

Nayhauf, Dirk von/Riepl, Maggie: Der dunkle Ort. 25 Schicksale aus dem DDR-Frauengefängnis Hoheneck. Berlin-Brandenburg: Bebra Wissenschaft Verlag 2012, 144 Seiten, 19,95 €.

Maggie Riepl und Dirk von Nayhauf schildern im vorliegenden Band die Lebensgeschichten von 25 Frauen, die zwischen 1950 und 1989 als politische Häftlinge im berüchtigten Frauenzuchthaus Hoheneck in Stollberg/Erzgebirge saßen. Entstanden sind sehr persönliche Porträts mit Familienfotos, Auszügen aus den Strafgefangenenakten, persönlichen Briefen, Krankenakten und aus Gerichtsurteilen. Die Autoren zeichnen 25 Lebensgeschichten nach, von der Zeit vor der Verhaftung, den Umständen der Verhaftung, der Zeit während der Haft und nach der Entlassung. Trotz der unterschiedlichen Haftzeiten und Strafmaße haben die meisten persönlichen Haftschicksale eines gemeinsam: Die Frauen berichten über die brutalen Zustände im Frauengefängnis, über Zwangsarbeit, Schlaf- und Essensentzug, Isolierhaft und mangelnde Hygiene.

Seit 1950 diente die Burg in Stollberg den Sowjetischen Militärtribunalen (SMT) als Frauengefängnis. In Hoheneck verbüßten die Frauen Haftstrafen von drei Jahren bis zu „lebenslänglich“. Lucie Fischer erzählt, wie sie 1950 zusammen mit etwa 1 100 Frauen und 30 Kindern nach Hoheneck verlegt wurde. Damit niemand den Menschentransport vom sowjetischen Speziallager Sachsenhausen bemerkte, stand „Getreidespende aus der Sowjetunion“ auf den Frachtbriefen der Waggons.

Die 25 Lebensgeschichten sind in vier Jahrzehnte der DDR-Geschichte eingebettet. Das macht Sinn. Denn die Verhaftungsgründe, die Haftbedingungen und Haftdauer änderten sich im Laufe der Zeit. Während in den 1950er Jahren Anneliese Gabel wegen angeblicher Zugehörigkeit zu einer illegalen Untergrundorganisation zu 25 Jahren Zuchthaus verurteilt wurden, saßen nach dem Mauerbau immer mehr Frauen wegen geplanter „Republikflucht“ ein – wie beispielsweise Helga Müller. Sie fühlte sich seit den späten 1950er Jahren „eingeeengt, ihr fehlte die individuelle Entfaltungsmöglichkeit“. Der Mauerbau war für sie und ihre Freunde dann wie „ein Schock“. Dennoch reagierte der Freundeskreis unterschiedlich. Die einen wollten im Osten bleiben, die anderen so schnell wie möglich in den Westen. Man traf sich und schmiedete Pläne, bis zur Verhaftung im Mai 1963. Helga Müller wurde zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt. Im gleichen Jahr wurde Renate Werwig verhaftet, weil sie gemeinsam mit ihren Eltern versucht hatte, durch einen Tunnel nach West-Berlin zu gelangen. Seit Mitte der 1960er Jahre kaufte die Bundesrepublik Deutschland politische Häftlinge frei, darunter auch viele Frauen aus Hoheneck. In den 1970er Jahren wurden immer wieder Frauen inhaftiert, die wiederholt Ausreisearträge gestellt hatten. Ihr Wunsch nach Freiheit und Familienzusammenführung wurde vom SED-Regime mit Kriminalisierung und vor

allem mit der Zerstörung ihrer Familien durch Zwangsadoptionen und geheimdienstliche Zersetzung innerhalb der Familie beantwortet. Über 1 600 Frauen saßen 1974 in der Haftstrafen in Hoheneck ein, wo es lediglich Platz für 600 Häftlinge gab. Brigitte Ballnow kam zusammen mit 45 Frauen in eine Doppelzelle. „In der Mitte ein Waschraum mit jeweils drei Hähnen rechts und links, nur kaltes Wasser und nur zwei Toiletten“. Wegen des Platzmangels mußten einige auf dem Boden schlafen. Hinzu kam die körperlich schwere Arbeit in den Gefängnisbetrieben. Frau Ballnow kam Ende 1973 in das „Kommando Elmo“, wo sie schwere Arbeiten zu erledigen hatte. „Ich mußte Spiralen mit Kupferdrähten für Motoren umwickeln [...] und bekam dafür vier Mark im Monat“. Auch Ellen Thiemann mußte im Drei-Schicht-System Elektromotoren herstellen und „kunstvolle Teppiche“ knüpfen. Im Jahr 1972 wollte sie mit ihrem Ehemann, dem DDR-Sportjournalisten Klaus Thiemann, in den Westen flüchten. Der gemeinsame Sohn wurde bei dem Fluchtversuch entdeckt. Ellen Thiemann nahm alle Schuld auf sich, um den Ehemann vor dem Gefängnis und damit ihr Kind vor dem Heim zu bewahren. Während Frau Thiemann in Haft saß, arbeitete ihr Ehemann mit dem Ministerium für Staatssicherheit zusammen. Als sie auch noch ertragen mußte, daß ihr Mann mit einer anderen Frau in der gemeinsamen Wohnung lebte, zog sie die Konsequenz. Sie ließ sich scheiden und erreichte mit ihrem Kind die Ausreise in den Westen.

Auch Ute Steinhäuser und Inge Neumann planten gemeinsam mit Mann und Kind die Flucht in den Westen. Ein Grund für die Fluchtabsichten war ihre Sorge um die „Zukunft der Kinder“. Uta Franke war Mitglied einer marxistisch-trotzkistischen Oppositionsgruppe in Leipzig. In dieser Gruppe wurden seit Mitte der 1970er Jahre philosophische Studien betrieben, man las Orwells *1984* und Camus' *Der Mensch in der Revolte*. 1978

brachten Gruppenmitglieder die Losung „Freiheit für Bahro“ am Völkerschlachtdenkmal an. Mehrere Gruppemitglieder wurden verhaftet und zu hohen Haftstrafen verurteilt. Uta Franke zog nach dem Freikauf durch die Bundesregierung nach Köln.

Konstanze Helber und Tatjana Sterneberg wollten aus Liebe zu ihren West-Partnern aus der DDR fliehen. Doch die Fluchtpläne wurden an die Stasi verraten und scheiterten. Nach dem Mauerfall sah Tatjana Sterneberg ihre Stasi-Akte ein und erfuhr, daß ihr in Hoheneck „über längeren Zeitraum“ verschiedene Psychopharmaka verabreicht worden waren. Außerdem fand sie heraus, daß der Anstaltsarzt Inoffizieller Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes war und in Brandenburg praktiziert. Sie stellte mehrere Strafanzeigen, doch nichts geschah. Ute Bonstedt leidet bis heute an den Haftfolgen: „Der Knast hat mich doch zerbrochen. [...] Ich komme mit Menschen nicht mehr zurecht, ich bin mißtrauisch. [...] Am wohlsten fühle ich mich in der Einsamkeit.“

Einigen Frauen gelang es mit Hilfe anderer, ihre Erfahrungen zu verarbeiten. Seit 1991 organisiert der „Frauenkreis der ehemaligen Hoheneckerinnen“ Unterstützung für ehemalige Häftlinge und sorgte dafür, daß die schlimmen Haftbedingungen wiederholt zum Thema öffentlicher Aufmerksamkeit wurden. Nach und nach schlossen sich immer mehr ehemalige Hoheneckerinnen dem Frauenkreis an. Gemeinsam suchten sie schließlich das Frauenzuchthaus in Stollberg auf. „Das kostete mich große Überwindung“, schreibt Anita Kutschau. Manche hatten das Bedürfnis, an den Ort ihrer Haftzeit zurückzukehren. Andere wie Renate Werwigk-Schneider wiederum wollten „an diesen Ort des Schreckens nie zurück“. Der Beruf als Ärztin und die Kinder halfen ihr über das Erlebte einigermaßen hinwegzukommen. Heute engagiert sie sich als Zeitzeugin im Schulunterricht, denn „was in diesem

Unrechtsstaat geschehen ist, darf nicht vergessen werden“.

Die Erlebnisse von Tatjana Sterneberg lagen der Erzählung von Kristin Derfler und Dietmar Klein „Es ist nicht vorbei“ zugrunde, die Verfilmung der Erzählung strahlte die ARD Ende 2011 aus. Wie nah Erzählung und Spielfilm am wirklich Erlebten liegen, zeigen die 25 Lebensberichte im vorliegenden Buch. In den eindrucksvollen Berichten wird deutlich, warum es für die Betroffenen nicht vorbei sein kann. Keiner der Haftärzte ist je für sein Verhalten belangt worden, auch kein Jurist und kein Jugendfürsorger, der die Kinder der inhaftierten Frauen zu Heimkindern machte. Bei der Geltendmachung von Haftfolgeschäden mußten und müssen sich ehemalige Häftlinge mit bürokratischen Zumutungen auseinandersetzen. Bis heute fordern die Versorgungsämter von den ehemals inhaftierten Frauen die Beweisführung über einen Kausalzusammenhang zwischen Haft und Trauma, zwischen bleibenden Schädigungen und Berufsunfähigkeit. Manch eine verzweifelt daran.

Angela Schmole

Poppe, Grit: Abgehauen. Hamburg: Cecilie Dressler Verlag, 2012, 335 Seiten, 9,95 €.

Das neue Buch von Grit Poppe ist die Fortsetzung ihres Jugendromans *Weggesperrt* aus dem Jahre 2009. Die fiktive Hauptfigur Anja Sander kam in Umerziehungslager der DDR-Jugendhilfe, nachdem ihre Mutter einen Ausreiseantrag gestellt hatte. Für *Weggesperrt* erhielt die Autorin den Gustav-Heinemann-Friedenspreis für Kinder und Jugendliteratur. In den Realschulen des Landes Baden-Württemberg wurde der Roman zudem als Prüfungslektüre des Schuljahres 2010/2011 ausgewählt. In *Weggesperrt* verarbeitete Grit Poppe die Lebensgeschichten von Stefan Lauter, Kerstin Kuzia und Kathrin Begoin. Alle drei gingen durch den für seine Erziehungs-

quälerei besonders berüchtigten Geschlossenen Jugendwerkhof Torgau. In den Interviews mit der Autorin gelang es ihnen nach und nach, über das an ihnen begangene Unrecht zu sprechen.

Wie man Umerziehungslager der DDR-Jugendhilfe überlebte, welche menschlichen Tragödien, aber auch welche Solidarität dort möglich waren, darüber handelt auch der neue Jugendroman *Abgehauen*. Auf ihren Lesereisen sei sie immer wieder nach dem Schicksal von Gonzo, einer Freundin Anja Sanders, gefragt worden, so die Autorin. Die rebellische Gonzo sollte im Geschlossenen Jugendwerkhof Torgau, wie schon ihre Freundin Anja, zur „sozialistischen Persönlichkeit“ umerzogen werden.

Das erste Kapitel „Wer nicht hören will, muß fühlen“ schildert den Alltag in Torgau. Schlaf- und Essensentzug, Isolierhaft, Zwangssport, Sprechverbot und Prügel gehören zu den Standardstrafen. Wegen „widerständigen Verhaltens“ wird Gonzo in eine Dunkelzelle gesteckt, wo sie zunehmend „das Gefühl für die Zeit verlor“. Am Ende hat sie Halluzinationen, die sie auch noch heimsuchen, nachdem sie das Verließ verlassen durfte. Als sie in ihren alten Jugendwerkhof zurückgebracht werden soll, gelingt ihr die Flucht. Im Kapitel „Wo ein Wille ist, ist ein Weg“ skizziert die Autorin den Weg ihrer Protagonistin in die Freiheit. Zunächst begegnet sie nach tagelangem Fußmarsch durch den Wald einer alten Frau und deren behinderten Sohn Bruno. Die beiden waren vor den Schikanen der Dorfbewohner in die Einsamkeit geflüchtet. Die Kurzgeschichte über Bruno, seine Mutter Liesbeth und Brunos Papagei Schneewittchen zählt zu den heiteren Berichten. Auf ihrem Weg in die Freiheit trifft Gonzo schließlich René, der in den Westen abhauen will. Es ist Sommer 1989, die Prager Botschaft der Bundesrepublik Deutschland ist bereits besetzt. Im Kapitel mit dem Titel „Viele Wege führen nach Rom“ beschreibt Poppe das gefährliche Unterfangen, nach

Prag und dort tatsächlich auf das Botschaftsgelände zu kommen. Dabei erspart die Autorin dem Leser nichts: Verrat und Denunziation, Lügen und Vertrauen, Traum und Realität, Erinnern und Vergessen, der Schießbefehl an der Grenze – alle Themen werden abgearbeitet. Die Frage von Gonzo: „Wieso konnte man das alles mit Menschen machen? Menschen quälen Menschen. Warum?“ zeigt, daß es diese Konflikte sind, die Grit Poppe beschäftigen. Daß Menschen erschossen wurden, „nur weil sie in ein anderes Land wollten, war undenkbar – und trotzdem geschah es. Es war verboten, darüber zu reden, im Heim, in der Schule, aber alle wußten davon.“ Im vierten Kapitel „Wenn sich eine Tür schließt, öffnet sich eine andere“ schildert die Autorin den Zustand in der besetzten Botschaft, als wäre sie dabeigewesen. Sie hat lange recherchiert und mit ehemaligen Botschaftsflüchtlings Interviews geführt. Entstanden ist ein eindrückliches Bild über die Situation in der Deutschen Botschaft in Prag, bis Hans-Dietrich Genscher die langersehnte Nachricht überbrachte: „Wir sind zu Ihnen gekommen, um Ihnen mitzuteilen, daß heute Ihre Ausreise [...]“. Wenige Stunden später sitzt Gonzo im ersten Ausreisezug, der von Prag in den Westen fährt. Sie muß noch mal durch die DDR fahren, wo in Reichenbach Stasileute zusteigen, um den Ausreisenden die Personalausweise abzunehmen. Gonzo hat keinen. Auf die gebrüllte Frage des Stasimanns: „Name?“ antwortet sie: „Ich heiße Mensch“.

Ab diesem Zeitpunkt fühlt sie sich wie ein Mensch. Obwohl sie ihre schrecklichen Erfahrungen aus der Torgauer Dunkelzelle weiter verfolgen: „Klimpert“ irgendwo ein Schlüssel, „zuckt sie zusammen“; bei Befehlston bilden sich Schweißperlen auf der Stirn; steht unverhofft eine „uniformierte Kontrolleurin“ vor ihr, schlägt „ihr Herz bis zum Hals“. Die Vergangenheit läßt sie nicht los, doch Verdrängen hilft auch nicht, das erkennt Gonzo bald. Zwar kann sie noch

nicht über die furchtbaren Erlebnissen sprechen. Doch bald wird ihr klar, daß sie an den Ort ihrer Leiden zurück muß, um die Keller-Halluzination loszuwerden. Zusammen mit ihrer Freundin Anja sucht Gonzo im Sommer 1990 den Ort ihrer Haft auf. Da war der Geschlossene Jugendwerkhof Torgau bereits aufgelöst, die Sichtblenden der Zellenfenster und der Stacheldraht waren abmontiert und verrotteten im Hof, wo langsam „das Gras über die ganze Sache“ wuchs. Wir werden das nicht zulassen, sagt Gonzo zu Anja. „Wie werden sie daran erinnern [...] Wir werden sie immer wieder daran erinnern, was sie uns angetan haben“, lautet die Botschaft des Romans.

Angela Schmole

Rachowski, Utz: Beide Sommer. Zwei Erzählungen und drei Essays. Leipzig: Leipziger Literaturverlag 2011, 130 S., 14,95 €.

Die beiden Erzählungen „Die Stimmen des Sommers“ und „Der letzte Tag der Kindheit“ umfassen wie eine biographische Klammer Kindheit und Jugend des Erzählers im Thüringer Vogtland. Beide Texte sind im August angesiedelt, und in beiden Geschichten finden sich, wenn auch in einem zunächst idyllisch anmutenden Frieden, politische Einschlüsse. Die eigentümliche Spannung, die von Rachowskis Erzählungen ausgeht, ist auf einen atmosphärisch dicht beschriebenen Alltag zurückzuführen, in welchen Ereignisse eintreten, die von übergeordneten, anonymen Mächten zu verantworten sind. Dabei werden Brüche mit dem Bisherigen von den beteiligten Personen nicht in dramatischer Weise empfunden. Das Unerhörte dieser Schilderungen besteht in ihrem schleichenden Charakter. Eine potentielle Langzeitwirkung auf die Lebenswelt wird lediglich angedeutet.

„Die Stimmen des Sommers“ bildet einen Augusttag während des Baus der Berliner Mauer im Jahre 1961 ab, und „Der letzte Tag der Kindheit“ handelt von den mas-

siven Truppenbewegungen in Thüringen während der Ereignisse des „Prager Frühlings“ vom August 1968, als der Prager Reformsozialismus von Alexander Dubček mit Waffengewalt der Warschauer-Pakt-Staaten niedergeschlagen wurde. Die große Weltpolitik sickert kaum merklich in die sommerlichen Gärten und kleinbürgerlichen Stuben, wo sich arglose Verwandtschaft trifft. Hier beschreibt Rachowski in sensibler Beobachtung die Mischung von Ahnungslosigkeit und Ohnmacht.

Zart pointiert gerät auch die zuweilen unfreiwillige Komik solcher Momente im Alltag. Als am Abend des Tages des Mauerbaus im Radio eine Meldung zu hören ist, daß sich während eines Autorennens im italienischen Monza ein Wagen überschlagen hat und der Fahrer dabei getötet worden ist, gerät die lakonische Bemerkung der Großmutter zu einem ungewollten Kommentar der Weltgeschichte: „Die leben ihr Leben weiter.“

Die Erinnerungen des 1954 geborenen Utz Rachowski an Kindheit und Jugend im vogtländischen Reichenbach sind von seiner politischen Sozialisation geprägt. Er hatte zusammen mit dem späteren Dichter und Dissidenten Jürgen Fuchs die gleiche Schule besucht. Als nichtangepaßte Jugendliche orientierten sie sich an Persönlichkeiten wie dem oppositionellen Marxisten Robert Havemann, hörten heimlich Lieder von Wolf Biermann und lasen Gedichte von Reiner Kunze. Bald schon hatten sie begonnen, selbst Gedichte und kurze Texte zu verfassen. Im Herbst 1979 war Rachowski wegen seiner Gedichte verhaftet und nach einer Gerichtsverhandlung zu 27 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Seine Erlebnisse in der DDR verarbeitet Rachowski nicht nur in seinem literarischen Schaffen, sie kommen auch seiner Funktion als Mitarbeiter des Sächsischen Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der DDR zugute.

In seiner Dankesrede „Vier Bilder zu Reiner Kunze“ berichtet Rachowski unter

anderem auch über diese Erfahrungen. Im Frühjahr 2007 hat die Stadt Greiz in Thüringen ihm als ersten Preisträger den Reiner-Kunze-Preis verliehen.

In seinem Essay „Pseudonym und Fallbeil“ beleuchtet Utz Rachowski das tragische Schicksal des Karikaturisten Erich Ohser, der seine Karikaturen, darunter die charakteristische Serie „Vater und Sohn“, unter dem Pseudonym „e.o.plauen“ veröffentlicht hatte. Rachowski zeichnet Ohser's Weg während des Dritten Reichs nach. Er hatte versucht, als Zeichner und Karikaturist über die Runden zu kommen, ohne sich dem Regime anzudienen. Dieser Ritt auf der Rasierklinge mißlang in mehrfacher Hinsicht: „Beide haben dafür mit dem Höchsten bezahlt: der Zeichner e.o.plauen mit dem deutlichen Verfall seiner Kunst, hin zum nazistischen Auftragswerk, der Mensch Erich Ohser aber mit dem Höchsten – mit seinem Leben“.

Das angepaßte Mitmachen in einem politisch verordneten Leben stellt eines der zentralen Themen in allen Schriften von Utz Rachowski dar. Einen weiteren schmerzhaften Schnittpunkt, den er immer wieder ausleuchtet, bildet das Motiv der Rückkehr. Was passiert, wenn ein Schriftsteller aus dem Exil nach Hause zurückkehrt? Wie wird dieser Schriftsteller in der ehemals vertrauten Umgebung aufgenommen? Und wie findet sich dieser Schriftsteller innerlich in diesem inzwischen veränderten Umfeld zurecht?

In seinem Text „Calwer Unschärfe-Relation“ inspirierten Rachowski Orte und Schauplätze von Hermann Hesses Texten für eigene gedankliche Konfrontationen von Vergangenen mit Gegenwärtigem. 2008 hatte sich Utz Rachowski als Stipendiat der Calwer Hermann-Hesse-Stiftung in der schwäbischen Stadt Calw aufgehalten.

Das schmale Bändchen ist gewaltig in seinem thematischen Umfang. Zum Neudruck längst vergriffener Texte kommt in der vorliegenden Ausgabe Neues hin-

zu. Zwei Erzählungen und drei Essays von Utz Rachowski werden zudem von einem Anhang ergänzt. Hier äußert sich Hans Sahl, der große Autor der Exilliteratur, in einem Vorwort zur Erstausgabe von Utz Rachowskis Erzählung „Der letzte Tag der Kindheit“. Und der Literaturwissenschaftler Walter Schmitz beleuchtet kenntnisreich „Die Erfahrungen des Schriftstellers Utz Rachowski in drei deutschen Staaten“.

Volker Strebel

Werner, Harald: Offene Fragen in der geschlossenen Abteilung. Das erfolgreiche Scheitern einer Kaderperspektive. Köln: Papyrossa 2011, 155 S., 14 €.

Selbstkritische Reflexionen ehemaliger DKP-Funktionäre haben Seltenheitswert; in der Regel ist Schweigen über die Vergangenheit der gängige Weg der „Aufarbeitung“. Bei Harald Werner, einige Jahre Kreisvorsitzender der DKP in Oldenburg, hat sich diese innere Blockade gelöst; er hat zu Papier gebracht, was er „lange Zeit nicht schreiben konnte und dann nicht mehr schreiben wollte“. Herausgekommen ist ein gut lesbares Bändchen mit Reflexionen eines typischen Angehörigen der Achtundsechziger-Generation in der DKP. Es beschreibt Einstiegsmuster, Paradoxien des inneren „Dienstbetriebs“ der Partei, schließlich Ablösungsprozesse. Eingebettet hat Werner dies in eine Rahmenhandlung, die im Titel deutlich wird. Er ist 1987 Jahreskursant an jener „Franz-Mehring-Schule“ für Mitglieder der DKP, die im Ost-Berliner Stadtteil Biesdorf lag und deren Liegenschaften man von einer benachbarten Klinik für psychisch kranke Menschen abgezweigt hatte. Der Jahreslehrgang 1987 ist zerrissen von Konflikten zwischen den SED-orientierten „Betonköpfen“ und den „Gorbatschowisten“ in der DKP. Weiß Werner, daß Ähnliches bereits auf höherem Niveau für den Lehrgang des Jahres 1986 beschrieben wurde? Sein eigenes Büchlein reicht

nämlich nicht an die Qualität der Aufarbeitung von Wilfried Reckerts Buch *Kommunismus-Erfahrung. Zwanzig Jahre als DKP-Funktionär* heran. Dafür kennt er zu wenig Literatur zur Sache, hat wohl auch nicht mitbekommen, daß die Namen der Kursanten sämtlicher Kurse längst im Bundesarchiv einsehbar sind – die verschleierte Identitäten der Lehrgangsteilnehmer sind für kundige Leser leicht zu entschlüsseln.

Wer über solche Kleinigkeiten, etliche absichtsvolle „weiße Flecken“ und manche sachlichen Ungereimtheiten hinwegzusehen bereit ist, liest den Band nicht ohne Gewinn. Man erfährt, wie die DKP Jahre benötigt, um einen jungen Menschen der 1968er-Generation mit wissenschaftlichen Neigungen und kräftigen Wurzeln in der Gewerkschaftsarbeit in die Partei zu ziehen, wie sie ihn sogleich zum Vorsitzenden einer besonders erfolgreichen Kreisorganisation macht. Man liest, wie der „Hauptamtliche“ sich an den intellektuellen Beschränkungen der FDJ-Generation in der Düsseldorfer Zentrale der Partei abarbeitet, wie er den Status eines „Berufsrevolutionärs“ in nicht-revolutionärer Zeit verdaut und den Umstand, daß er in einer „Arbeiterpartei“ „kämpft“, die hauptsächlich aus bürgerlicher Intelligenz und Mittelstand besteht. Man erfährt einiges darüber, warum intelligente junge Menschen sich ausgerechnet den Entmündigungsprozessen in der DKP unterwarfen. Werner hält Distanz zur DDR, ahnt die Überwachungsmechanismen der Staatssicherheit gegenüber den DKP-Mitgliedern, durchschaut manche Mechanismen der Propaganda: „Bei meinen ersten Kontakten mit SED-Funktionären fand ich es sympathisch, wenn sie die DDR-Bürger ‚unsere Menschen‘ nannten. Bis ich begriff, dass sie es auch so meinten.“ Die „geschlossene Anstalt“ Biesdorf, in der Stalinismus unter „Laborbedingungen“ reproduziert wird, spitzt solche Lernprozesse in „Kritik-Selbstkritik“-Sitzungen und in der Konfrontation mit einem zehn Jahre jün-

geren Genossen zu, der als „Parteisekretär“ den Lehrgang überwacht. Zum immerhin guten Schluß erfährt der Leser allerhand bisher nicht Bekanntes über die Vorsicht und Professionalität, mit der sich die „Erneuerer“ bis zu ihrer Loslösung von der DKP konspirativ organisierten.

Nach einigen Umwegen findet sich Harald Werner in der PDS wieder. Und dieses Ergebnis einer unvollständigen Klärung „offener Fragen“ kann man durchaus dialektisch bewerten: Je nach Sichtweise wird daraus die Rüge, auf halbem Weg stehengeblieben zu sein, oder die Anerkennung, ihn immerhin zurückgelegt zu haben.

Rudolf van Hüllen

vorgänge Nr. 198: „Weshalb erinnern?“, Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik, Juni 2012. Berliner Wissenschaftsverlag 2012, 130 S., 14 €.

Mit Erinnerungen ist es so eine Sache. Jeder hat seine eigenen und doch wieder nicht. So sind unsere individuellen Erinnerungen Maurice Halbwachs zufolge immer durch soziale Rahmenbedingungen – *cadres sociaux* – geprägt und damit eingebettet in kollektive Vorgänge. Was man erinnert, ist immer auch und in erster Linie ein gemeinsames Erinnern von Milieus, Gruppen und sonstigen Zusammenschlüssen, also kollektives Gedächtnis. Das beispielsweise von Jan Philipp Reemtsma betriebene vehemente Ausschließen der Möglichkeit eines auf kollektiven Gedächtnissen aufbauenden kulturellen Gedächtnisses – quasi die Negation von Erinnerungskultur – verkennt, daß maßgeblich der Weg dorthin das eigentlich Notwendige und Fruchtbare für eine Nation ist. Es sei eben nicht die „Kanonisierung eines Geschichtsbilds [...] das Ziel, sondern die Auseinandersetzung darüber“, wie es Mark Arenhövel auf den Punkt bringt. Die Erinnerungspolitik finde somit zwangsläufig im Medium des Streits statt. Über die Erinner-

ungen schließlich kann sich die Nation ihrer Geschichte erst vergewissern, denn ihre Identität hängt vom Erinnern und Vergessen ab (Aleida Assmann).

Weshalb es nicht nur notwendig, sondern auch lohnenswert ist zu erinnern, thematisiert die Juni-Ausgabe *vorgänge*. Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik. Die wichtigsten Autorenbeiträge von Martin Sabrow, Ulrike Jureit, Aleida Assmann, Birgit Schwelling, Mark Arenhövel, Carola S. Rudnick und Hannes Jaacks bestärken, negieren und komplementieren sich zugleich. Jeder Beitrag nimmt eine andere Perspektive ein und beantwortet die Frage „Weshalb erinnern?“ auf seine Weise. Als Grundlage für die Beantwortung fungiert bei jedem Autor eine jeweils andere zentrale Konfliktlinie in bezug auf das gesellschaftliche, kollektive Erinnern, auf die im folgenden maßgeblich eingegangen wird. Die hauptsächlichen Konfliktlinien konfigurieren sich aus diesen Spannungspaaren: Alltags- versus Systemebene (Sabrow), Primär- versus Sekundärerfahrungen (Jureit), minimalistischer Gesellschaftsvertrag versus nationales, anschlussfähiges Narrativ (Assmann), Politik des Schlußstriches versus Aufarbeitung (Schwelling), undifferenzierte Opfer- versus professionelle Wissenschaftsdarstellung (Rudnick), verschiedene Vergangenheitsnarrative versus Elitendiskurse (Arenhövel) und abschließend Neutralisierung versus Anerkennung (Jaacks).

In seinem Beitrag „Erinnerung als Pathosformel der Gegenwart“ zeichnet Martin Sabrow die vermeintliche Konfliktlinie zwischen Alltagsgeschichte und Repression, die seiner Meinung nach keine sei, von verschiedenen Akteuren und Institutionen jedoch zu einer solchen zugespitzt werde. Unnötigerweise würden die von Sabrow als Arrangement- und Diktaturgedächtnis bezeichneten (DDR-)Erinnerungsformationen miteinander um die Deutungshoheit konkurrieren. Ersteres würde laut letzterem einer „unhistorischen Verklärung der Vergangenheit

Vorschub leisten“. Angewandt auf den Nationalsozialismus kommt Sabrow jedoch zu einem anderen Schluß: Die Alltagsgeschichte habe demnach erst „ein tieferes Verständnis für die kumulative Radikalisierung des Nationalsozialismus ermöglicht“. Ohne die Berücksichtigung der Alltagsebene, der Lebenswelten der Menschen, sind dagegen für die SED-Diktatur die Auswirkungen des politischen Systems weniger gut faßbar. Die zwei erinnerungskulturellen Konfliktlinien gehören somit trotz bestehender Unterschiedlichkeiten zusammen, da sie einander bedingen, zu einem größeren Verständnis und damit zu einem adäquateren NS- und DDR-Bild beitragen.

Ulrike Jureit widmet sich in ihrem Aufsatz „Gefühlte Vergangenheiten“ der Herkunft bzw. Tradierung eben jener Deutungsangebote der zwei erinnerungskulturellen Konfliktlinien Alltags- versus Systemebene. Dabei greift sie auf Reinhard Kosellecks Differenzierung zwischen Primär- und Sekundärerfahrungen zurück. Erstere umfassen die Erfahrungen der Betroffenen, die zweiten bezeichnen die aufzuarbeitende Erfahrung der nachfolgenden Generationen. Es habe im Zuge des intensiven nachholenden Vergangenheitsdiskurses eine Entwicklung zu einem Identifizierungswunsch mit den Opfern gegeben, so daß Jureit eine „generationell aufgeladene Erinnerungsgemeinschaft“ beobachtet, die auf dem Selbstbild des „Gefühlten Opfers“ beruhe. Den zahlreichen Vergegenwärtigungen unterstellt sie einen simulierten Selbstbezug mit einem inszenierten „als ob“. Ihre Hauptintention ist jedoch nicht die Kritik an der „geliehenen Identität“, deren zugrundeliegende Emotionalisierung mit den Opfern sie zudem für notwendig erachtet, sondern die Tatsache, daß die Differenz zwischen Primär- und Sekundärerfahrungen in gegenwärtigen Erinnerungs- und Gedächtnisdebatten nur eine untergeordnete Rolle spiele. Probleme und Konflikte würden durch die generationelle Tradierung entstehen. Die

Kluft zwischen Primärerfahrungen und Überlieferungen ließe sich emotional und intellektuell nicht auflösen, Vergegenwärtigungen würden sogar zuweilen verschleiert. Der Wandel der Erinnerung würde daher „missverständlich als Übergang vom kommunikativen zum kulturellen Gedächtnis bezeichnet“, denn dieser würde sich nicht in erster Linie auf die veränderten kommunikativen Bezüge, sondern „vor allem auf eine gesteigerte generationelle, emotionale und kulturelle Tradierungsdynamik“ beziehen.

Die These der geliehenen Opferperspektive ist nur eine von Ulrike Jureit. Sie nimmt zusammen mit dem Psychoanalytiker Christian Schneider in dem Buch *Gefühlte Opfer. Illusionen der Vergangenheitsbewältigung* aus der Perspektive einer postsouveränen Gesellschaft an, daß sich diese „nicht mehr als homogene Erinnerungsgemeinschaft mit gemeinsamen Werten und einer gemeinsamen Geschichte“ konstituiere. Aleida Assmann greift die These in ihrem Beitrag „Weltmeister im Erinnern?“ kritisch auf. Die Entwicklung Deutschlands zur Immigrationsgesellschaft führe Jureit als ein weiteres Argument vor allem gegen die Holocausterinnerung an. Assmann „übersetzt“ die Konsequenzen einer postsouveränen, heterogenen Erinnerungsgesellschaft nicht ohne dabei etwas zynisch zu wirken: „[...] unter den Bedingungen der Globalisierungs-Dynamik ist ein minimalistischer Gesellschaftsvertrag praktikabler als ein nationales Narrativ, in dem sich die Immigranten nicht wiederfinden können. Die Festschreibung eines normativen Vergangenheitsentwurfs wie die Holocaust-Erinnerung sei in einer solchen Welt obsolet und dysfunktional“. Jureits These scheint Assmann als Wasser auf die Mühlen der Kritiker zu empfinden, für die ein auf Schuld gegründetes Nationalgedächtnis mit den Bedingungen einer Einwanderergesellschaft nicht mehr vereinbar sei. Während Jureit in den Augen Assmanns die Seite einer

minimalistischen Erinnerungspraxis einhergehend mit einer Abschaffung der belasteten Nationalgeschichte zugunsten neuer Zuwanderer einnimmt, plädiert Assmann auf der anderen Seite kompromißvoll, daß sich Migranten in der Erinnerungsgeschichte einer Nation wiederfinden müßten, weshalb diese inklusiver und multikultureller gestaltet werden müsse. Während für Jureit auf erhöhte Einwanderung zwangsläufig die Aufgabe des nationalen Narrativs folgt, müsse dieses nach Assmann nicht abgeschafft werden, sondern sich als anschlussfähiger erweisen.

Die von Birgit Schwelling in ihrem Beitrag „Vergangenheitsbewältigung – aktuelle Entwicklungen und Perspektiven“ in den Fokus genommene Konfliktlinie beschäftigt sich weder mit dem Inhalt (Alltag versus System), der Herkunft bzw. Tradierung (Primär- versus Sekundärerfahrungen) noch der Ausgestaltung des nationalen Narrativs, sondern mit dem mutmaßlichen Antagonismus zwischen einer „Politik des Schlußstriches“ und der Befürwortung weiterer Aufarbeitung, also dem Umgang mit Vergangenheit. Für die Politik des Schlußstriches, deren Vertreter im Beschweigen der Vergangenheit eine notwendige Ressource für die Konsolidierung eines politischen Systems erachten, bricht der Historiker Christian Meier eine Lanze, indem er in seinem Werk *Das Gebot zu vergessen und die Unabweisbarkeit des Erinnerns* vor destruktiven Effekten des Erinnerns warnt. Wenngleich Meier empirische Belege für zweieinhalbtausend Jahre europäischer Geschichte für die gängige Praxis des Vergessens darreicht, verweist Schwelling darauf, daß bereits im Vertrag zwischen Demokraten und Tyrannen (403/402 v.Chr.) keine eindeutige Politik des Schlußstriches vertreten wurde, da die Hauptschuldigen von der Amnestie ausgenommen waren. Meier sowie vehemente Befürworter der Strategie des Schweigens räumen jedoch ein, daß die Politik des Schweigens immer auch zeit-

lich terminiert sei, daß befristetes Vergessen Voraussetzung für darauffolgende Phasen intensiver Auseinandersetzung sei, womit das „Plädoyer für das Vergessen [...] an Eindeutigkeit, Absolutheit und auch an Schärfe“ verlieren würde. Nur folgerichtig ist Schwellings These, „dass das Schweigen und das Thematisieren im Kontext des Umgangs mit belasteter Vergangenheit in jeweils spezifischen und unterschiedlich gewichteten Kombinationen auftreten“.

Entgegen der Auffassung Schwellings, die Strategie des Schweigens und Thematisierens miteinander zu verbinden verfolgt Carola S. Rudnick innerhalb ihrer Argumentation der für sie zentralen Konfliktlinie in ihrem Aufsatz „Die DDR-Aufarbeitung und die Politik der Erinnerung“ keine Verschränkung beider Ansätze. Vielmehr versteht sie wissenschaftliche Forschungsarbeiten als notwendiges Korrektiv zu den Darstellungen der Opfer des SED-Regimes, denen sie Undifferenziertheit vorwirft. Warum die Betroffenen sich durch Forschungsergebnisse, die von ihren individuellen Erinnerungen abweichen, mit Verharmlosungen und Relativierungen der ihnen widerfahrenen Repressionen bedroht fühlen, eruiert Rudnick nicht weiter. Sie selbst grenzt nicht voneinander ab, indem sie allgemein allen ehemaligen Häftlingen von Speziallagern in der SBZ- und DDR-Zeit unterstellt, daß sie beispielsweise in Bautzen an hohen Zahlen umgekommener Häftlinge nur festhalten, weil sich damit Forderungen nach Wiedergutmachung, Rehabilitation und Entschädigungen verbinden. Geschichtsfälschungen unterstellen die Opfer des SED-Regimes demnach nur, weil ihnen anders als den wenigen noch lebenden Holocaust-Opfern wenig Emotionalisierung entgegengebracht werde, obwohl an der Inszenierung und Institutionalisierung von DDR-Erinnerungen kein Mangel herrsche. Mit der Behauptung, daß es nur wenige Historiker gebe (zu denen sich Rudnick offenkundig stolz zählt), die sich

gegen den Mainstream stellen, verknüpft mit ihrer Hoffnung, daß „diese Wenigen mutig genug bleiben, [...] sich [...] nicht geschichts- und erinnerungspolitisch vereinnahmen [zu] lassen“, unterstellt sie zum einen, daß a) die Mehrheit der Wissenschaftler Geschichte verkehren würde, und b) schlägt damit zum anderen einen konfrontativen Kurs ein, der die Konfliktlinie zwischen Opfern und sogenannten mutigen Wissenschaftlern weiter befeuert, statt sie zu befrieden.

Mark Arenhövel rückt in seinem Beitrag „Geteilte Erinnerungen in der Demokratie“ die Stabilität einer Demokratie als unabdingbare Voraussetzung für verschiedene Geschichtsnarrative in den Mittelpunkt. Er kritisiert, daß die Demokratietheorie bis zum Fall des Eisernen Vorhangs 1989/90 nur marginal die Fragen beleuchtete, *ob* und *wie* Demokratien Geschichte benötigen und vor allem, welcher Einfluß vom Umgang mit der Vergangenheit ausgehen kann. Während zunächst eine Strategie der „kollektiven Amnesie“ als Königsweg auf dem Weg zu einer konsolidierten Demokratie erachtet wurde und Gegen-Narrative gegen sogenannte Elitenkurse chancenlos waren, sei es mittlerweile ein Signum für konsolidierte Demokratien, daß verschiedene Vergangenheitsnarrative nebeneinander existieren. Ihr Zulassen ermöglicht es einer Nation im Medium des Streits – gleich welcher Greuelthaten – zunächst seine Selbstachtung wieder zu generieren und darauf aufbauend den Selbstentwurf einer (geläuterten) demokratischen Gesellschaft hervorzubringen. Wie eingangs bereits aufgegriffen, sollte nicht die Kanonisierung eines Geschichtsbildes, sondern die Auseinandersetzung Ziel sein. Wenngleich bezüglich des Nationalsozialismus und des Holocaust konkurrierende Geschichtsbilder kaum möglich sind, so sei laut Arenhövel der jahrelange Streit um das Mahnmal für die ermordeten Juden Europas nachhaltiger gewesen, als die reine Wirkung des Denkmals. An diesem Beispiel wird ne-

ben der Voraussetzung einer Demokratie für das Nebeneinander verschiedener Vergangenheitsnarrative eine weitere offenbar: das „Zugeständnis der Deutungsoffenheit erinnerungspolitischer Repräsentationen“. In diesem Sinne dürfe, um auch für die DDR divergierende Geschichtsnarrative ansprechen zu können, jede Erinnerung an das Leben in der DDR nicht „mit einer mantraartigen Einleitung beginnen [...], die DDR sei ein Unrechtsstaat gewesen“.

Der mit „Was zum Gedenken ‚gesagt werden muss‘“ überschriebene Beitrag von Hannes Jaacks spielt auf das im Frühjahr 2012 von Günther Grass in mehreren Tageszeitungen erschienene Gedicht „Was gesagt werden muss“ an, welches Indikator einer gesellschaftlichen Latenz im Hinblick auf neuen Antisemitismus sei. Man wundert sich kurz, schließlich gab es insbesondere nach der Wiedervereinigung eine breite gesellschaftliche Auseinandersetzung mit deutscher Schuld, welche Wolfgang Bergem als Hypermnese überschrieb. Dabei handelt es sich um eine Form der „Übererinnerung“, also das Phänomen, sich zu einem späteren Zeitpunkt an mehr zu erinnern als zu einem früheren Zeitpunkt. Die sodann überbordenden Thematisierungen und Diskurse führten „keineswegs notwendig zu mehr Aufklärung, sondern begünstigen auch teils subtile, teils sehr unverhüllte Abwehrformen“. So gebe es zwei extreme, jeweils nicht empathische Wege, sich mit dem Holocaust zu arrangieren: die Strategie der Neutralisierung oder der Anerkennung. Die von Michael Schwab-Trapp bezeichnete Strategie der Neutralisierung faßt die Wiedervereinigung als eine Zäsur auf, wodurch Deutschland als nunmehr „normale Nation“ verstanden werde. Dieses Verständnis ermögliche die Leugnung der durch die deutsche Nation verübten Greuelthaten. Die Anerkennung des Holocaust dagegen kann dazu führen, sich als moralisch überlegene Nation zu empfinden, die gerade wegen Auschwitz in der

Lage sei, zwischen Recht und Unrecht entscheiden zu dürfen. So wurde Auschwitz zum Argument für den Kriegseintritt Deutschlands in Jugoslawien umfunktioniert („Nie wieder Auschwitz“).

Überträgt man nicht nur die beiden von Jaacks skizzierten Strategien auf die Mikro-Ebene, so läßt sich an den verschiedenen Umgangsmustern mit Schuldgefühlen zeigen, daß die Bereitschaft einer Nation zum Erinnern schlußendlich vom Verhältnis des Einzelnen zur eigenen Geschichte, zur Geschichte Deutschlands und der eigenen Identifikation mit Deutschland abhängig ist, eine Erinnerungskultur sich in Demokratien somit nicht gegen deren Bevölkerung durchsetzen läßt. Aber zuletzt stehen individuelle und öffentliche Erinnerungen auf dem Weg zu einer gemeinsamen Erinnerungskultur nicht nur im Widerpart, sondern vor allem in Wechselwirkung zueinander: Zum einen kämpfen die Individuen um die Wahrnehmung ihrer Erinnerungen im öffentlichen Raum, zum anderen werden sie dabei zugleich von den Rahmenbedingungen des öffentlichen Erinnerns beeinflußt. So erinnern sie entweder Aspekte, die sie im Gegensatz zum kulturellen Gedächtnis aus Überzeugung für erinnerungswürdig halten oder erinnern Aspekte schlicht anders, zumeist gegenteilig. Es ist Erinnerungen somit immanent, daß sie nicht deckungsgleich sind, sondern vielmehr ein Konglomerat zahlreicher Konfliktlinien bilden. Das ist gut für die politische (Streit-)Kultur eines jeden demokratischen Landes.

Mathilde Schäfer

Sabrow, Martin (Hrsg.): 1989 und die Rolle der Gewalt. Göttingen: Wallstein Verlag 2012, 428 S., 34,90 €.

Martin Sabrow stellt im Vorwort zu diesem Buch die Frage: „Wie läßt sich erklären, daß die militärisch hochgerüsteten und mit der Erfahrung erfolgreicher Aufstandsunterdrückung ausgestatteten kommunistischen Diktaturen im Moment

ihrer augenfälligen Existenzkrise nicht ihrer eigenen Feindrhetorik folgten, sondern bei Strafe ihres Untergangs vor dem letzten Einsatz militärischer Gewalt zurückschreckten?“ Aus den siebzehn Antworten der Autoren dieses Werks sollen drei näher untersucht werden: das Wunder von Leipzig am 9. Oktober 1989, der friedliche Übergang in die postkommunistische Ära am Beispiel Polens und der gewaltsamste Übergang in Rumänien.

Walter Süß schreibt in seinem Beitrag über den friedlichen Ausgang des 9. Oktober 1989 in Leipzig, daß es in der Bevölkerung bis hin zu SED-Anhängern eine Frage des Anstands geworden sei, sich nicht alles bieten zu lassen. Die 70 000 Demonstranten seien sich bewußt gewesen, daß selbst kleinere Rangeleien eine unkontrollierte Eskalation hätten auslösen können. Honecker hatte noch am 8. Oktober befohlen, Demonstrationen zu verhindern. Die um 18.27 Uhr getroffene rein örtliche Entscheidung, die zu diesem Zeitpunkt 50 000 Demonstranten unbehelligt gehen zu lassen, trafen der SED-Bezirkschef und der Bezirkschef der Volkspolizei. Zwischen 19.15 und 19.30 Uhr billigte das für Sicherheitsfragen zuständige Politbüromitglied Krenz diese Entscheidung. Sie war das Ergebnis der Spaltung des kommunistischen Lagers in der Stadt zwischen Anhängern einer Repression und Anhängern notwendiger politischer Änderungen. Die Machtzentrale sah eine Spaltung zwischen Honecker und seinem engsten Machtzirkel und Funktionären um Krenz und Schabowski, die Honeckers Ablösung planten. Darüber wurde der SED-Bezirkssekretär Roland Wötzel informiert, der zur Sechsergruppe um den Dirigenten Kurt Masur gehörte. Diese hatte einen über den Sender Leipzig ausgestrahlten Aufruf verfaßt, der den Teilnehmern an den Friedensgebeten in der Nikolaikirche vorgelesen wurde. In ihm wurde dringend um Besonnenheit gebeten, um einen friedlichen Systemwechsel möglich zu machen. „Der Umstand, daß

der Dialog ‚auch mit unserer Regierung‘ geführt werden sollte, signalisierte in Verbindung mit der Unterzeichnung durch drei SED-Sekretäre, daß nun auch die Widersprüche in der Partei offen zutage traten.“ Der Autor bezeichnet den friedlichen Ausgang des 9. Oktober in Leipzig als den Wendepunkt in der Revolutionsgeschichte der späten DDR. Auch danach ist es zu keinen gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Staatsmacht und Bürgern gekommen.

In seinem Beitrag „Politik und Gewalt in Polen 1944/1989“ spannt Włodzimierz Borodziej den Bogen vom Warschauer Aufstand zum Runden Tisch. Er weist nach, daß sich in den Lebensläufen der älteren Mitglieder des 1976 von vierzehn Intellektuellen gegründeten KOR (Komitees der Verteidigung der Arbeiter) die Tradition des antikommunistischen Widerstands von 1945 bis 1947 spiegelte. Sie sagten sich von Marxismus und Trozismus los und setzten sich für Menschenrechte und Pluralismus ein. Einer ihrer Führer, Jacek Kuroń, sagte, daß „nur eine gewaltfreie Opposition auf wachsende gesellschaftliche Zustimmung und Wohlwollen seitens der Kirche rechnen könne“.

Die Repressionen des Staates umfaßten die Verweigerung des Passes, Publikationsverbote, die Brandmarkung als Staats- und Volksfeinde in den Massenmedien, die Zuweisung einer schlechter entlohn-ten Arbeit oder Entlassung bis hin zu einer Anklage und Verurteilung, hauptsächlich wegen des Vorwurfs der Zusammenarbeit mit ausländischen Organisationen. Beiden Seiten gemein war die Furcht vor einem sowjetischen Einmarsch.

General Jaruzelski sagte vor dem 13. Dezember 1981, es sei eine „schreckliche, makabre Kompromittierung der Partei, daß man sie nach 36 Jahren Herrschaft durch Polizeigewalt schützen muß“. Bei den um die Grube Wujek in Kattowitz entbrannten Kämpfen kamen neun Bergleute ums Leben, die zu Märty-

rern des Widerstands gegen das Kriegsrecht wurden. Die Ermordung des charismatischen Priesters Popieluszko im Oktober 1984 erlangte im In- und Ausland größte Aufmerksamkeit. Zwischen 1981 und 1989 kamen durch Polizei und Sicherheitsdienst 88 Personen zu Tode, etwa ein Siebtel fiel durch Schußwaffengebrauch.

Ein anderer Prominenter des KOR, Adam Michnik, schrieb damals, die Opposition müsse eine Zivilgesellschaft mit Gegenöffentlichkeit aufbauen, den langen Marsch antreten, statt eine plötzliche Wende zu riskieren. Jaruzelski mußte am 8. Juli 1989 zugeben, daß die Einführung des Kriegsrechts militärisch ein Sieg, politisch eine Niederlage war.

Die Streiks von Mai und August 1988 waren das Werk von jungen Solidarność-Aktivisten, die der Heldengeneration von 1980 nicht mehr folgen wollten. Aber diese Krise wurde von den Herrschenden ohne Blutvergießen gelöst. Der „Runde Tisch“ endete am 5. April 1989 mit der Ankündigung von halbfreien Wahlen, die im August zur Ernennung von Tadeusz Mazowiecki zum Ministerpräsidenten führten. Der Verfasser schreibt in seinem Fazit, „ohne den Verzicht auf Gewalt, der für Gegenwart und Zukunft galt, hätte es den verhandelten Übergang nicht gegeben“.

Peter Ulrich Weiss nennt in seinem Beitrag „Die rumänische Revolution von 1989/90 als unbewältigte Gewalterfahrung“ Ursachen dieser Entwicklung. Rumänien hatte keine kirchliche Friedensbewegung, keine Oppositions- oder Dissidentenbewegung und keine gemäßigten kommunistischen Reformpolitiker, die Träger eines friedlichen Umbruchs hätten werden können. Iliescu, der zwei Stunden nach Ceausescus Flucht, am 22. Dezember, mit seiner Front der nationalen Rettung (FSN) die Macht übernahm, war wie sein engster Kreis ein kommunistischer Kader. Seine Karriere hatte durch den Diktator einen Knick erfahren. Die FSN löste weder die

Securitate auf, noch verzichtete sie auf die Kontrolle des Fernsehens. Schießereien in mehreren Landesteilen forderten bis zum 25. Dezember, an dem das Ehepaar Ceausescu erschossen wurde, 942 Tote. Parlaments- und Präsidentschaftswahlen, die am 20. Mai 1990 stattfanden, waren geprägt durch eine massive Diffamierung der alten bürgerlichen Parteien und verhalfen der FSN zu einem Zwei-Drittel-Sieg und Iliescu zu 85% Prozent der Stimmen. Protestaktionen dagegen ließ dieser durch acht- bis zehntausend herangeholte Bergarbeiter niederknüppeln, die Jagd auf Studenten, Oppositionelle, Intellektuelle und Roma machten. Weiss betont, daß trotz dieser Gewaltakte durch die Einführung der parlamentarischen Demokratie mit Wahlen und der Erarbeitung einer neuen Verfassung ein eindeutiger Bruch mit der kommunistischen Diktatur stattfand.

Nach der zweiten Abwahl Iliescu 2004 setzte sich in Regierungskreisen und Herrschaftseliten die Erkenntnis durch, daß die Aufarbeitung der unter Iliescu verschleierte Ereignisse von 1989/90 legitimationsstiftend sein könnte. „Vor dem Hintergrund der erwünschten NATO- und EU-Mitgliedschaft des Landes und einer postulierten politischen Wende erwies sich die Aufarbeitungsforderung als bedeutsames und wirksames Argument zur inhaltlichen und personellen Abgrenzung vom alten Iliescu-Apparat und zur Annäherung an die westeuropäischen Standards des Umgangs mit einer unbequemen Vergangenheit.“ Seit 2006/07 hat die historische Forschung zur Revolution und Transformation Konjunktur.

Otto Wenzel